

Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft

Konzeptänderung „Jugend im Parlament“

I. Bericht

A.

Das Projekt der politischen Bildung „Jugend im Parlament“ wurde vom Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft im Jahr 2000 initiiert und lief vom 26. bis 31. Mai 2010 zum sechsten Mal. Erstmals fand das Projekt an vier Tagen statt, die Verlängerung wurde von den Jugendlichen von Beginn an gefordert, um den Zeitdruck bei der Erstellung der Resolutionen zu mildern. Erstmals wurden die Themenfelder für die vier Ausschüsse vorgegeben. Dies ermöglichte den Jugendlichen die Konzentration auf Sachinhalte, den angefragten Fachleuten eine frühzeitige Vorbereitung und sichert den Themen eine Bremen-Relevanz. In der bisherigen Praxis wurden die Themen von den Jugendlichen dagegen erst zu Beginn von JiP selbst erarbeitet. Die Themen der vier Ausschüsse von JiP 2010 lauteten:

1	Bildung	Leichter Aufwind nach Pisa – Wie kann Bremens Schulsystem reformiert werden, damit aus dem Aufwind kein laues Lüftchen wird?
2	Wirtschaft/ Finanzen	Pleite und weg vom Fenster? Sollte Bremens Selbstständigkeit um jeden Preis erhalten werden? Die Suche nach einem Fahrplan bis in das Jahr 2050.
3	Jugend/ Soziales	Halt auf der schiefen Bahn – Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Jugendliche vor dem Abrutschen in die Kriminalität zu bewahren?
4	Inneres/ Extremismus	Nach rechts. Nach links. Wo steht die Jugend? Was kann gegen das Erwachsen extremistischer Tendenzen an Bremens Schulen getan werden?

Beide Neuerungen – die Verlängerung und die Themenvorgabe – wurden von den teilnehmenden Jugendlichen positiv aufgenommen. Ca. 20 % der Teilnehmer/-innen waren wiederholt dabei. Das Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit der Jugendlichen kann als beeindruckend bezeichnet werden.

In die Veranstaltung kamen als Gäste zu den acht Fachleuten die politischen Stiftungen mit einem Markt der Möglichkeiten hinzu. Zudem animierte Prof. Dr. Lothar Probst mit Studierenden die Jugendlichen in einem Rollenspiel zu einer hitzigen Debatte zum Thema: „Wir gehen nicht wählen, weil . . .“. Pressesprecher Horst Monsees erläuterte das neue Wahlrecht, und bei der Abschlussdebatte „Pro und Contra JiP“ mit Dr. Helmut Hafner (SK) wurde von den Jugendlichen kein „Contra“ geäußert, sondern einmütig das „Pro“ betont.

JiP wird von der Bürgerschaftskanzlei mit bis zu zehn studentischen Hilfskräften durchgeführt. Infolge zahlreicher ähnlicher Veranstaltungen, die in den letzten Jahren im Bereich der politischen Bildung hinzukamen, z. B. „Jugend debattiert“, das europäische Jugendparlament und ähnliche politische Planspiele, vergleichen die Jugendlichen die vorhandenen Angebote – ihre Ansprüche sind

gewachsen. Dem versucht die Bürgerschaftskanzlei gerecht zu werden, indem sie die jugendpolitischen Angebote in den vergangenen Jahren qualitativ und quantitativ spürbar verbessert hat.

B.

Problematisch ist das bisherige Verfahren des Umgangs mit den Ergebnissen (den sogenannten Resolutionen), die die Jugendlichen erarbeiten. Die Einholung der Stellungnahmen der senatorischen Behörden sowie die der Ausschüsse und Deputationen dauert Monate. Die fehlende unmittelbare Rückmeldung hat zur Folge, dass die Jugendlichen das Interesse verlieren. Ausschüsse und Deputationen beklagten in der Vergangenheit auch das Nichterscheinen der Jugendlichen. Bis die gesammelten Rückmeldungen in der Bürgerschaft debattiert werden können, vergeht weitere Zeit. Und die anschließende Parlamentsbefassung beschränkt sich auf allgemeine Äußerungen über die Wichtigkeit von „Jugend im Parlament.“

Diese Beobachtungen führen dazu, dass die Mehrheit der Jugendlichen nach Ende der eigentlichen „Jugend-im-Parlament“-Veranstaltung das Interesse verliert. Es schwindet die Motivation, sich mit der Sache erneut zu befassen oder später einer Plenarbefassung beizuwohnen. Der der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ folgende Aufwand verpufft deshalb. Andererseits erwarten die Jugendlichen zu Recht, dass ihre Resolutionen ernst genommen werden und bei den Stellen ankommen, an die sie gerichtet sind. Es müsste also eine Form für die Aufarbeitung der JiP-Ergebnisse gefunden werden, welche die gut angenommene Veranstaltung mit direkter und schneller Reaktion verbindet.

Eine konzeptionelle Verbesserung könnte deshalb sein, dass zugleich mit der Terminierung von JiP spätestens nach vier Wochen eine zweistündige Debatte mit Senatsvertretern/-innen und Abgeordneten eingeplant wird. In dieser Abschlussrunde könnten die Senatsressorts und Abgeordneten sofort mündlich mit einer Redezeitvorgabe reagieren. Die Jugendlichen erhalten die Gelegenheit, zu intervenieren. Die Abschlussveranstaltung könnte vom Präsidenten oder Vizepräsidenten geleitet werden. Vonseiten der senatorischen Behörden sollten die zuständigen politischen Vertreter/-innen dabei sein (eventuell in Begleitung einer Fachperson, die auf Einzelpunkte reagieren könnte). Die Fraktionen sollten durch etwa drei Abgeordnete vertreten sein. Diese Fraktionsvertreter/-innen könnten sich dazu äußern, ob und gegebenenfalls welche Forderungen der Jugendlichen sie aufnehmen oder nicht aufnehmen wollen. Diese Debatte könnte kurzzeitig dokumentiert, den Beteiligten zur Verfügung gestellt und als Mitteilung des Vorstands an die Bürgerschaft und im Internet veröffentlicht werden.

Diese Dokumentation könnte dann – wenn gewollt – auch als Grundlage einer eventuellen Parlaments(Plenar)befassung dienen. Dabei könnten die eingeladenen Jugendlichen diesmal vom Rang aus verfolgen, welche Wege ihre Forderungen und Vorschläge von „Jugend im Parlament“ genommen haben.

Für die nächste „Jugend-im-Parlament“-Veranstaltung wird ein Termin im Herbst 2012 angestrebt.

II. Antrag

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konzeptänderung für das Projekt „Jugend im Parlament“ gemäß Mitteilung des Bürgerschaftsvorstandes vom 23. November 2010 – Drs. 17/1544 – zu.

Christian Weber
(Präsident)